

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 10. März 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Nonpareilzeile 25 Pfennig;  
Verjammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 29.

## Gewerkschaftliche Neutralität.

XVIII.

Wie heute die Dinge in der Arbeiterbewegung stehen, ist für die Gewerkschaften, insonderheit aber für unsern Verband, prinzipielle Neutralität eine Lebensbedingung. Ich mag mir an, die Verhältnisse, wie sie in der Arbeiterbewegung liegen, überblicken zu können und auch zu verstehen, welche Anforderungen an die Neutralität des Verbandes gestellt werden, wenn dieser im gewerblichen Leben seinen Aufgaben gerecht werden und „das Ganze“ zusammenhalten soll. Man würde einen schweren Irrtum begehen, anzunehmen, daß mir diese Artikelserie besonderes Vergnügen bereitet habe, denn von dem, was sie an bewußten und unbewußten Verbindungen und persönlichen Beschimpfungen mir eintragen würde, darüber war ich mir bei der ersten Zeile klar. „Es lebt“, um mit Schiller zu reden, leider auch in der Arbeiterbewegung „die Freiheit nur im Reich der Träume“. Aber es handelte sich bei dieser Abhandlung nicht nur um meine persönliche Auffassung über das vorstehende Thema, sondern um eine notwendige Darlegung, wenn die große Masse der Kollegen in Theorie und Praxis der einschlägigen Verhältnisse einen Boden unter den Füßen erhalten soll. Daran fehlt es seit Jahren, was aber im Laufe der Zeit immer verhängnisvoller für die Organisation werden muß, wenn wir uns nicht Klarheit schaffen. Meine Artikelserie wäre schließlich immer noch ungeschriebener geblieben — denn eine solche aufreibende Arbeit gönne ich nicht einmal der zielbewußten Opposition in Hannover —, wenn nicht von Tag zu Tag immer ersichtlicher würde, daß die Gewerkschaften in Parteiabhängigkeit gebracht werden sollen; schließlich mit all den Folgen, wie wir sie bereits aus der Geschichte der Arbeiterbewegung kennen. Nach den Beschlüssen von Jena, Mannheim und Stuttgart bleibt für die Gewerkschaften nichts mehr übrig, als für die verfahrenlose Politik der Sozialdemokratie den Prügeln abzugeben. Vergewaltigt werden wir uns einmal die in Betracht kommenden Beschlüsse. So heißt es u. a. in der Resolution des Jenaer s.-d. Parteitag:

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Über jedes Klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

Diese Resolution wurde auf dem s.-d. Parteitage in Mannheim wie folgt ergänzt:

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Kampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat der-

selbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion durchzuführen.

Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart wurde einmütig zwischen Partei und Gewerkschaften verlangt und beschlossen:

Der Kongreß erklärt, es müsse die Arbeiterschaft dazu gelangen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und dauernd unterhalten werden.

Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht im Emanzipationskampfe der Arbeiter nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich in ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen.

Der Kongreß richtet an alle Gewerkschaften der durch die Konferenz von Brüssel 1899 aufgestellten und durch den Pariser Kongreß von 1900 genehmigten Bestimmung entsprechend die Einladung, sich auf den internationalen Kongressen vertreten zu lassen und mit dem Internationalen sozialistischen Bureau enge Verbindung zu halten.

Wie sehen aber alle diese Dinge in der gewerkschaftlichen Praxis aus? Jedes Gewerkschaftsmitglied, das der sozialdemokratischen Partei angehört, hat demnach die Verpflichtung, in seiner Gewerkschaft für den nötigen „sozialdemokratischen Geist“ zu sorgen mit dem Erfolge, daß alle Handlungen einer Gewerkschaft von ihren s.-d. Mitgliedern teils mit größerm, teils mit geringerm Verständnis auf das Vorhandensein des gedachten Geistes geprüft werden. Dem innern Frieden in einer Gewerkschaft dient daher eine solche Resolution nicht, eher dem Gegenteil. Noch schlimmer müssen die Konsequenzen für die Gewerkschaften sich äußern, wenn plötzlich einmal der s.-d. Parteivorstand „die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks“ entdecken sollte, für den lediglich der s.-d. Parteivorstand „alle Maßnahmen zu ergreifen hat, die erforderlich sind, um die Aktion durchzuführen“. Mit der Generalkommission hat sich der s.-d. Parteivorstand lediglich „in Verbindung zu setzen“. Wer die nähere Verhältnisse kennt, weiß, was das „Inverbindungssehen“ praktisch bedeuten will. Dieser Zustand ist unhaltbar. Schon die sechs Thesen Bebel's, die auf der Vorstandskonferenz vorgelesen wurden, beweisen, was in dieser Beziehung zu erwarten ist.

Über die Möglichkeit eines Massenstreiks will ich mich nicht weiter auslassen, weil meine Stellung zu dieser Frage so oft und so eingehend — namentlich nach dem Jenaer s.-d. Parteitag — im „Korr.“ dargelegt worden ist, daß ich den jetzt so knappen Raum des „Korr.“ nicht damit belasten will. Und weil sich an meinem früheren Standpunkt in dieser Sache nicht das geringste geändert hat. Einen Generalstreik oder politischen Massenstreik für alle Arbeiter im Reich wird es nie geben können, weil in Deutschland die politischen und die Arbeiterverhältnisse durchaus verschieden gelagert sind. Man kann mit einem Massenstreik das wirtschaftliche Leben und seine Entwicklung nicht zwingen und andererseits, soweit die Eroberung eines politischen Rechtes in Frage kommt, wäre schließlich ein solcher Streik nur auf einzelne Teile Norddeutschlands beschränkt. Doch, wie gesagt, ich will auf dieses Thema zurzeit nicht eingehen.

Man glaubt nun, durch derlei Beschlüsse, wie die angezogenen, die Gewerkschaften nun doch dort zu haben, wo man sie haben will. Schließlich wird die s.-d. Partei aber nur eine schwere Enttäuschung erleben — genau wie nach Köln 1893 und wie nach dem famosen Schiedspruch in Sachen der Hamburger Affordmaurer. Unter der Überschrift „Der Auer'sche Praktizismus“ schrieb damals Parvus, der bekannte s.-d. Schriftsteller:

„Auer aber sagte die Sache äußerst engherzig auf: die Konturrenz der Gewerkschaften müsse niedergelämpft, im Keim erstickt werden; der Stützpunkt aller Selbständigkeitsbestrebungen der Gewerkschaften sei die Generalkommission, folglich müsse dieser — „das Fell gekriechen werden“. Das gelang ihm denn auch damals, dank der gewaltigen Autorität der politischen Organisation und dem Mißtrauen, in dem die ohnedies noch sehr schwachen Gewerkschaften infolge der ungünstigen Geschäftskonjunktur, der verlorenen großen Streiks, der innern Organisationsstreitigkeiten usw. standen, mit Leichtigkeit. Aber es war ein schlimmer Pyrrhussieg. Was Auer für eine heilsame Zurückweisung der Übergriffe einzelner Gewerkschaften hielt, wurde zu einem Risse zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Dem „Praktizismus“ von Jena, Mannheim und Stuttgart wird am Ende, nachdem die Gewerkschaften sich die Finger verbrannt haben, kein andres Schicksal beschieden sein, und zwar aus rein natürlichen Dingen, wie sie Eduard Bernstein im Jahre 1901 im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ in folgender klarer und überzeugender Weise darlegte:

Es ist aber selbstverständlich, daß mit dem Wachstum der Gewerkschaftsbewegung der Einfluß der politischen Arbeiterpartei auf sie notwendigerweise seinen Charakter ändern muß, ohne daß er deshalb zu verschwinden braucht. Erst wenn sie eine gewisse Stärke erlangt haben, können Gewerkschaften eine Reihe ihrer wirtschaftlichen Funktionen systematisch in Angriff nehmen. Bis dahin hängt ihre Aktion völlig von der Konjunktur und ähnlichen äußern Zufälligkeiten ab und ist dann auch meist elementarisch, weist sie auf Hilfe, Rat, Schlage usw. Augenstehender an. Wer die ungeschriebene Geschichte der Gewerkschaften nicht kennt, wird nie ein zutreffendes Bild von dieser Phase der Bewegung geben. Ist eine Gewerkschaft aber stark genug, als etablierte Macht den Unternehmern gegenüberzutreten und mit deren Verbänden als Macht zu Macht zu verhandeln, dann können ihr Außenstehende selten etwas über den Stand der ihre Industrie betreffenden Dinge sagen, was sie nicht selbst sehr viel besser weiß. Dann sucht sie keinen Rat, braucht sie keinen Rat, und würde sie das Aufdrängen eines solchen als unpassende Sinnigung meist sehr übel aufnehmen. Dann lockert sich ihr formeller Zusammenhang mit der politischen Partei, wo ein solcher vorher bestand, von selbst, und auch der unpersonliche Zusammenhang durch das Bindglied der Führer wird bald hier, bald da einmal unterbrochen. Versuche, dieser Entwicklung der Dinge durch das Mittel politischer Abstempelung der Gewerkschaften vorzubeugen, werden als grundverfehlt bezeichnet werden müssen. Alle bisherige Erfahrung spricht dafür, daß sie eher zur Verschärfung als zur Milderung der Gegensätze führen, solche nicht unterdrücken, sondern im Gegenteil da, wo sie vorher nicht bestanden, erst gerade ins Leben rufen würden. Die „Verselbständigung“ der Gewerkschaften ist die natürliche Folge des Wachstums der Bewegung. Doktrinärer Eigensinn kann sie beschleunigen, eine kluge und weiserartige Taktik den Moment der formalen Lösung des Bandes hinauschieben, aber die Sache selbst ist unermeldlich, wenn die Bewegung über die Epoche der nur durch spasmodische (krampfartige. Red.) Ausstände unterbrochenen grundlegenden Propaganda hinaus ist.

Das ist die Situation, wie sie dumpf über den Köpfen der Vorstände der Zentralorganisationen in jener Konferenz lastete; aber wer will sich die Finger verbrennen und „sagen, was ist“? Wenn meine Kollegen an der Hand des bisher Gesagten und in Rücksicht auf unser Statut und seine Handhabung, auf die geschichtliche Entwicklung unserer Organisation, auf die Beschlüsse der s.-d. Parteitage, des internationalen Kongresses und auf die Erklärung der Gehilfenvertreter im Tarifauschusse die Sachlage prüfen, dann werden sie einsehen, daß uns Klarheit in diesen Dingen bitter not tut, zumal die Diskussion hierüber auf der Kölner Generalversammlung doch nicht zu vermeiden sein wird. Wer Lust hat, eine „Neutralität“ zu verteidigen, die sich auf den erwähnten Resolutionen aufbaut, der mag es tun, ich nicht. Da ich aber andererseits auf dem Standpunkte stehe, daß die Gewerkschaften mit sozialistischem Geist erfüllt sein müssen, war es notwendig, einmal ausführlich und prinzipiell darzulegen, daß der Sozialismus nicht an gewisse Doktrinen irgend einer politischen Partei gekettet ist. Heute liegen die Dinge so, daß tatsächlich der quasi gefühlsmäßige Einfluß der s.-d. Partei auf die Gewerkschaften ein tatsächlicher geworden ist. Die Resolution in Stuttgart ist auch von dem Vorsitzenden der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften unterschrieben, sie hat also keine problematische, sondern eine praktische Bedeutung. Aus diesen Gründen wiederum war es geboten, zu sagen, wie das geschichtliche Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich bisher gestaltet hat, und wie im praktischen wirtschaftlichen Leben beide Teile zur Geltung gekommen sind und wie und wo alle Differenzen entstanden sind. In Hannover, Dresden, Bernigerode usw. will man mich deshalb ja hängen, sei's drum, ewig kann man ja doch nicht Redakteur bleiben. Auf die Erfahrungen in der Gewerkschafts- und in der Arbeiterbewegung braucht man ja keine Rücksicht zu nehmen! Es war allerdings schon vor acht Jahren, aber es ist heute erst recht interessant, was übereinstimmend mit meiner Auffassung der s.-d. Reichstagsabgeordnete Hirt in feiner „Schiff“, „Neutrale oder parteiische Gewerkschaften“, schrieb. Seine Ausführungen sind bereits eine Kritik der angeführten Beschlüsse im voraus:

Gewiß, die meisten der erwähnten Pädagogen wollen ja auch nichts von einem direkten Anschlusse der Gewerkschaften an eine Partei wissen: es soll nicht statutarisch die Parteigehörigkeit ausgesprochen werden, aber die Agitation soll sich doch in parteipolitische Richtung bewegen. Wer diese „verschämte neutrale Politik“ mitmachen will, kann das gestrost tun; ich muß darauf verzichten, da ich mir nicht jeden Augenblick gegnerischerseits den Widerspruch zwischen Wort und Tat nachweisen lassen will. Aber gibt es denn wirklich einen bessern Beweis für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Neutralität als der Rat, den uns ihre Gegner erteilen, nicht offen mit der Farbe herauszutreten? Wäre die Neutralität nicht im Interesse der Gewerkschaften absolut nötig, weshalb denn das Anraten der „verschämten Neutralität“? Gerade dieser Rat ist durchschlagend beweisend für die „Neutralitätsdustel“.

Zunächst halte ich die neutrale Gewerkschaft für absolut notwendig, sollen gerade die sozialpolitisch wichtigsten Arbeiterverbände Einfluß gewinnen, also die beruflichen Verhältnisse ihrer Angehörigen verbessern. Und das halte ich für den Kernpunkt der Gewerkschaftsfrage; alles andere ist von neben-sächlichlicher Bedeutung. Wer seiner Gewerkschaft maßgebenden wirtschaftlichen Einfluß verschaffen will, muß sie allen Berufsgruppen offen halten und darf weder verschämte noch unverschämte Parteipolitik in dem Berufsverbande dulden; religiöse Fragen sind erst recht nicht im beruflichen Vereine zu erörtern.

Es ist auch nicht genug, daß die Neutralität im Statut ausgesprochen ist, sie muß tatsächlich gehandhabt werden. Wird allseitig in diesem Sinne gewirkt, dann mögen die verschiedenen Organisationen ruhig selbstständig fortbestehen, wenn sie es für nötig halten. Aber eine Zersplitterung der proletarischen Kraft ist dann vermieden, da die gemeinsamen Zielen zustrebenden Berufsverbände sich sehr leicht verständigen können über die gemeinsam einzuschlagenden Wege.

Wird das berufliche Interesse der Verbandsmitglieder an allererste Stelle gesetzt, so müßte ich nicht, was die freien Verbände hindern sollte, mit den christlichen oder Hirsch-Dunckerschen an einem Seile zu ziehen, und dann würden die 864000 beruflich organisierten deutschen Arbeiter schon eine Macht

haben, mit der Kapital und Staatsleitung zu rechnen hätten. Jetzt wirken die verschiedenen Verbände häufig gegeneinander und heben dadurch ihre Kraft auf.

Wohin die gewerkschaftliche Neutralität der Arbeiter politisch führt, das kann und muß dem Gewerkschaftsführer gleichgültig sein! Ist es ihm nicht gleichgültig, so zeigt er damit, daß er den Berufsverband nicht um seiner selbst willen fördert. Wer parteipolitische Fingergedanken und Befürchtungen hat, der freilich muß sich gegen die Verschleierung der gewerkschaftlichen Reformen wenden und sie auf den jüngsten Tag verschieben. Über solche Leute sind keine Gewerkschaftler, sondern Parteipolitiker. . . .

Es hat sich im Laufe der Zeit nichts geändert, was heute nicht noch diese Worte bekräftigen würde. Ich habe im Laufe der Jahre zwar hundertmal das Gleiche gesagt, aber meine Kollegen halten ein Urteil in diesen Dingen dann erst für richtig, wenn es außerhalb unsers Berufes Stehende wiederholen und bestätigen.

## Die Spartenfrage.

Bei der gegenwärtigen Differenz zwischen Verbandsvorstand und den Spartenvereinen möchte ich Veranlassung nehmen, die Ursachen und Folgen zu prüfen, um danach zu erwägen, ob bei der veränderten Arbeitsweise in unserm Berufe nicht auch eine andere Organisationsform am Platze ist.

Bei der Gründung des Buchdruckerverbandes resp. seiner rechtmäßigen Vorgänger kannte man Großdruckereien, wie wir sie heute haben, nicht oder doch nur in verschwindendem Maße. Damals arbeitete der Gezer neben dem Drucker; einer kannte die großen und kleinen Sorgen des Berufes der andern, und so war eine Einigkeit über die verschiedenen Fragen auch im Vereine leicht zu erzielen. Das ist heute, namentlich in den Großstädten, anders geworden. Die Kollegen aus den verschiedenen Abteilungen kommen während der Arbeitszeit selten oder gar nicht zusammen. Die Kenntnis über die Tätigkeit der nächsten Berufsgruppen kann bei dem besten Willen nicht in dem Maße vorhanden sein wie früher in den Kleinbetrieben, und dieser Umstand verfehlt nicht seine Nachwirkung in den Vereinsversammlungen. Würde ein Maschinenmeister in einer Versammlung des Buchdruckervereins über die Bedienung von Apparatmaschinen sprechen, so würde ein großer Teil der anwesenden Nichtmaschinenmeister nur „Halb bei der Sache“ sein; und so umgekehrt, wenn nicht ein Gezer über Extratätigkeit, für schlechtes Manuskript usw. sich ausläßt. Man wird vielleicht einwenden, darüber kann ja in den Spartenvereinen gesprochen werden. Aber da kommen wir zu dem Punkte, der die Schmerzen bereitet. Die Existenz der Spartenvereine hängt gewissermaßen in der Luft. Zu der Bedeutung, die sie eigentlich haben sollten, können sie bei der jetzigen Organisationsform nicht gelangen.

Den ersten Anlaß zur Gründung der Spezialvereine gab die Tarifbewegung von 1873, welche für den berechnenden Gezer gute Positionen schaffte, für die Gezer im gewissen Gelde und Drucker jedoch das nackte Minimum präferierte.

Und der damaligen maßlosen Ausnutzung der Drucker- und Maschinenmeister an Hand- und Schnellpresse einen Damm entgegenzusetzen, schlossen sich dieselben schon zu jener Zeit zusammen. Leider fanden meine ergern Berufs Kollegen lange Zeit wenig Gegenliebe bei den Gezerkollegen. Man betrachtete dieses Treiben als verbandsschädlich, obgleich die meisten Maschinenmeistervereine, so auch in Hamburg, die Mitgliedschaft von der Verbandszugehörigkeit abhängig machten. Einen weiteren Hauptanlaß zum ergern Zusammenschlusse bildete der Tarifabschluß 1896 mit seinen Ausnahmestimmungen.

Ähnlich geht es mit den übrigen Spartenvereinen. Es ist stets eine zwingende Ursache zur Gründung vorhanden gewesen. Diese Ursache ist aber nicht verschwunden, sondern wird mit der Weiterentwicklung des Berufes immer größer. Aus diesem Grund erscheint es mir notwendig, daß den verschiedenen Berufsgruppen, sofern sie Gelegenheit und Grund haben, sich in Spezialvereinen zusammenzuschließen, größere Rechte eingeräumt werden. Das heißt, Grundlohn und Arbeitszeit wird für den ganzen Beruf geregelt, während die Verhandlungen über die Spezialfragen jede Gruppe für sich mit dem Gegenkontrahenten erledigt. Eine ähnliche Form haben die großen Verbände der Metallarbeiter, der Maurer und der Holzarbeiter seit Jahren mit gutem Erfolge durchgeführt. Jede Sektion der betreffenden Verbände hat einen separaten Lohnarif; jede Sektion erledigt seine Tarifverträge selbst. Es fällt einer Sektion gar nicht ein, der andern Vorschriften darüber zu machen, wie sie ihren Spezialarif zu gestalten hat.

Wenn die Frage für uns in dieser Weise auch noch nicht von heute auf morgen entschieden werden kann, so wird uns die Weiterentwicklung des Berufes mit der Zeit doch dazu drängen.

In dieser Form läge auch die einzige Möglichkeit, daß sich auch die Buchbinder und die Hilfsarbeiter uns als Sektion angliedern zu einem großen Industrieverbande für das Buchgewerbe.

Hamburg.

Willy. Hoch.

## Die Anträge der Sparten

zur Generalversammlung werden sicherlich gegenwärtig in den Mitgliederversammlungen eine rege Diskussion hervorrufen. Ob diese nun direkt von den Zentralkommissionen der Sparten ausgehen, ist mir nicht bekannt, doch halte ich es für sehr wahrscheinlich.

Bei denjenigen Kollegen, die sich zurzeit noch zu keiner Sparte vereinigt haben, den Sparten, mögen diese Anträge eine besondere Wirkung verursachen, und zwar eine solche, die nicht gerade zugunsten unserer Sparten ausfällt. Die mehrfachen Regungen innerhalb der einzelnen Sparten, wie sie seit der letzten Tarifrevision in den verschiedenen Artikeln, Berichten (Würzburg) usw. des „Korr.“ zum Ausdruck gebracht worden sind, mögen Veranlassung geben, daß sich ein großer Teil der Mitglieder gegen diese Anträge wendet.

Am ersten Stelle verlangen diese Spartenanträge: die Zahl der Beisitzer im Verbandsvorstand ist zu erhöhen. Es soll also für den Verbandsvorstand ein größerer Beratungskreis geschaffen werden. Diesem Verlangen werden sich wohl wenig Kollegen verschließen, und ist dies auch sehr leicht verständlich. Das stetig wachsende Mehr an Arbeit, die der Verbandsvorstand und auch die Geworke vorstände zu erledigen haben, verlangt eben mehr Arbeitsleistung. Und es sei hierbei gleich auf einen andern Apparat unserer Organisation hingewiesen, auf die „Korr.“-Redaktion. Auch dort wird sich die zu erledigende Arbeit im Laufe der Zeit derartig vermehrt haben, daß mehr Arbeitskräfte nötig sind. Unsere Verbandsinstanzen sowie die Redaktion werden schließlich am besten wissen, wo sie der Schuß brüht, und sie werden gewiß ihre Anträge nicht verweigern.

Eine Erhöhung der Zahl der dem Verbandsvorstande sowie der übrigen Verbandsinstanzen angehörenden Kollegen haben sich nun die Sparten so gedacht, daß von ihnen Vertreter in Betracht kommen sollen. Nach meinem Dafürhalten ist ein solches Verlangen nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen bei Befragungen von technischen Fragen. Sollten jedoch diese Vertreter der Sparten bei allen Angelegenheiten, die der Verbandsvorstand und die Geworke vorstände zu erledigen haben, mitwirken, so wäre das nicht richtig. Diese Aufgabe kann nur solchen Kollegen zufallen, die aus einer allgemeinen Wahl hervorgehen, d. h. aus einer Wahl, aus der bisher die Verbandsinstanzen hervorgehen.

Wollen die Antragsteller, und das sind in diesem Falle wohl die Zentralkommissionen der Sparten, ihre Anträge in diesem Sinne verstanden haben, so wird gewiß die Allgemeinheit wenig dagegen einwenden. Ist aber das Motiv zu diesen Anträgen ein andres gewesen, nehmen wir an, daß der Anträgen das Streben nach Macht zugrunde läge, so wäre dies zu bedauern und die Generalversammlung müßte diese Anträge ablehnen.

Die Zentralkommissionen würden, falls das gilt, um Meinungsverschiedenheiten nicht aufkommen zu lassen, wenn sie eine nicht mißzuverstehende Erklärung abgeben. Der letzte Antrag, die Regelung der Instruktionsfrage in der Sezmashinenbranche betreffend, kann gutgeheißen werden.

Freiberg i. Sa.

Otto Rothschmidt.

## Auf zur Gegenwehr!

Maschinenmeister und Maschinenfeger lenken seit Monaten schon die Aufmerksamkeit der gesamten Kollegen-schaft auf sich und ihre Tätigkeit. Nr. 23 unsers Organs gibt uns zu wissen, daß nicht nur diese beiden Sparten sich in einer gewissen Höhe mit unsrer Zentralbehörde befinden, sondern daß ein Zusammenschluß unsrer Sparten überhaupt stattgefunden hat, der den noch übrigen Angehörigen unsrer Organisation zu denken geben muß. Alle Achtung vor der Spartenbewegung im allgemeinen; sie ist und kann für unsre gewerkschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse nur von Vorteil sein. Aber, was zu viel, ist zu viel!

Kollege Schaffer befindet sich mit seinen Ausführungen in Nr. 18 des „Korr.“ jedenfalls in vollkommener Einklänge mit der Kollegen-schaft unsrer Organisation, und hoffen wir, daß daraufhin die Beteiligten bis zur Generalversammlung die Streitart würden in der Erde Schloß legen lassen. Weit gefehlt! Die Zeit bis zur Kölner Generalversammlung ist, so scheint es, zu kurz, und da muß mit aller Verbe in die Kompetenz gestochen werden, um ja nicht zu kurz zu kommen.

Eine künstliche Aufregung wird — so kommt es uns wenigstens vor — unter die Spartenkollegen getragen, die leider nur zu reiche Früchte trägt. Die Kollegen (d. h. Handfegerkollegen — eine Handfegerpartei haben wir noch nicht, sie wird aber kommen müssen) in der Provinz wissen manch Liebden zu singen von der Tätigkeit einiger Spartenvereinigungen und -mitgliedern. Da wird oft in vielem nicht mehr den Allgemeininteressen Rechnung getragen, nein, da sind es oft, sehr oft, unsre Spartenkollegen, die durch Unfassen unberechtigter Forderungen an unsre Vereinsrichtungen usw. die übrige Kollegen-schaft geradezu vor den Kopf stoßen.

Durch wen ist es denn je gesehen, daß eine derartige Aufregung sich der Spartenkollegen bemächtigen konnte? Etwa durch den Zentralvorstand, daß man ihn so gern am Zeuge fäden möchte? Nein, Kollegen, wer objektiv den ganzen Angelegenheiten bis zum heutigen Tage gefolgt ist, wird dies niemals zugeben können. Im allerwenigsten dürfte es unsre Zentralbehörde sein, die der gesamten Spartenbewegung hindernd im Wege steht. Im Gegenteile, bis dato konnte man eine nur in



fördernden Sinne sich bemerkbar machende Tätigkeit beobachten.

Die „Verhältnisse“ sind es, die die so viel Anstoß erregenden tariflichen Bestimmungen auslösten. Nicht der Zentralvorstand, die Gewerkschaftskonferenz oder die Tarifauschüsse Mitglieder haben diese heraufbeschworen. Mühen wir uns nicht alle des gefassten Beschlusses betreffend Abänderung des § 4 des Organisationsvertrages fügen? Oder haben unsere Vertreter etwa damit das Verfehrte getroffen? Mit nichten! Die „Verhältnisse“ sind es, die diese Änderung bedingten.

Und genau so steht es wohl auch mit der Kommentierung der einschlägigen tariflichen Bestimmungen, die so unendlich viel Staub unter unsern Spartenkollegen aufwirbeln. Genau nach dem Tarife gehandelt, Einigkeit unter den Kollegen im und beim Handeln, das kann uns nur eine segensreiche Wirkung und Ausnutzung des Tarifes bringen. Aber wie sieht es denn damit in der Wirklichkeit aus? Wie foudroyant viel dazwischen Male kommt es doch vor, daß darüber geklagt wird, es sei durch die Kollegen Schuld hier oder da nicht alles so im Bunde, wie es sich nach unsern Tarifvereinbarungen gehörte. Weinahe in jeder Nummer des „Korr.“ können wir Klagen in dieser Beziehung lesen. Man glaube ja nicht, daß ich hier etwas behaupte, was Tatsachen nicht entspricht. Wie oft kommt es doch vor, daß ein einziger Kollege durch sein lazes Verhalten in tariflicher und kollegialer Beziehung mehr Schaden anrichtet, als es 15–20 von uns möglich wäre, ihn in absehbarer Zeit wieder auszumergen. Ganz in meiner Nähe klagte in allerjüngster Zeit ein Maschinenzeigerkollege darüber, daß es ihm durch das unkollegiale Verhalten eines Nebenkollegen so unendlich erschwert wird, in der Offizin, wo er beschäftigt, die tarifliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Ja, daß ihm, da sein Nebenmann um 2 Mk. pro Woche geringer entlohnt ist und weil er auf tarifliche Ordnung in der „Bude“ hält, jedenfalls in nicht allzuerner Zeit der „Sack“ bevorstehe. Und wie so mancher Kollege hat schon den Staub von den Füßen schütteln müssen aus ähnlichen Gründen. Ist es etwa bei den Maschinenmeistern besser? Im Gegenteil, noch schlimmer, möchte ich behaupten, indem hier auch noch gar manche Hilfsarbeiter hemmend im Wege stehen, so daß ein gedeihliches Vorwärtkommen in unserm Sinne ganz eminent erschwert wird. Auf Einzelheiten wollen wir uns hier nicht einlassen, sonst bränten wir bis fast zur Unendlichkeit mit Material dienen.

„Mißtrauen“ soll nach der Erklärung in Nr. 22 in schon „erschreckendem Maße“ gegen den Verbandsvorstand und die Tarifinstitutionen in den Mitgliederkreisen der Sparten bestehen. Nun, der Zentralvorstand beschränkt sich darauf, und das mit Recht, die Entscheidung der Tarifabstimmung in Köln zu überlassen. Über welche Behauptung wird, daß er es ablehnte, offizielle Vertreter auf die nächste Generalversammlung zuzulassen, das ist eine gewöhnliche Ausprägung, die dem Wege gehe, so sucht man wohl umsonst, wo denn eine derartige Weigerung überhaupt steht. In der vorliegenden Erklärung des Zentralvorstandes ist eine solche sicherlich nicht zu finden. Gegenteilig wird in dieser gesagt, „daß der Versuch einer mündlichen Verständigung an der ablehnenden Haltung der betreffenden Zentralkommission“ scheiterte.

Die Zentralkommissionen der verschiedenen Sparten haben sich solidarisch erklärt, wie aus ihrer Erklärung in Nr. 22 ersichtlich. Und da kommen wir als „Ganbsegersparte“ (wir wollen das Ding einmal so benennen) wohl oder übel zu dem Schlusse, daß ein unabweislicher engerer Zusammenfluß unsererseits ebenfalls vonnöten ist, wenn es nicht noch mit der Zeit dazu kommen soll, daß diejenigen, die den eigentlichen Kern unserer Organisation bilden und stets gebildet haben, in den Ortus verrenkt werden.

## Korrespondenzen.

**Altenburg.** In der gutbesuchten Bezirksversammlung am 29. Februar beschäftigte man sich hauptsächlich mit den Anträgen zum Goutage und zur Generalversammlung der Gauwitwenkasse sowie mit den Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes. Um eine Vorbildigung zu erstreben, und da es ja auch nicht unbedingt nötig ist, einen allzugroßen Kreis von Delegierten auf selbigem vorzufinden, nahm man den Antrag zum § 10 des Gaureglements an: „Die Zahl 30 ist in 50 umzuändern“, es kommt dann auf je 50 Mitglieder ein Delegierter. Als moralische Pflicht eines jeden Kollegen hält man die Unterstützung der Gauwitwen- und -witwenkasse, zumal man die erworbenen Rechte sich erhalten kann. Für die Generalversammlung des Verbandes waren folgende Anträge eingereicht: Im Statut sind im Kapitel Umzugskosten die Worte „Freiwillig umziehende“ zu streichen. Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen wurden die Anträge der Sparten, unterzeichnet vom Maschinenmeisterklub Altenburg. Im großen ganzen war man der Ansicht, daß dies Entgegenkommen der Sparten gegenüber nutzbringend für das fernere Gedeihen unserer Organisation sein werde. Auch brachte die Versammlung durch Abstimmung zum Ausdruck, daß jede Erhöhung der Beiträge ausgeschlossen sein soll. Einige Punkte interner Natur sind ohne vorläufiges Allgemeininteresse.

**s. Bant-Wilhelmshaven.** Zu der ersten Ortsvereinsversammlung im neuen Jahre hatte der Kollege Heinrich vom Rhein in dankenswerter Weise einen Vortrag übernommen: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker im Hinblick auf seine Generalversammlung in Köln“. Redner ging auf die Entstehungsgeschichte des

Verbandes und dessen Kämpfe ein und richtete in seinen weitern Ausführungen einen warmen Appell an die Kollegen, allzeit sich rege an der Verbandstätigkeit zu beteiligen und fleißige Versammlungsbesucher zu sein, damit die in letzter Zeit so häufigen Klagen über schlechten Versammlungsbefuch verstummen. Nach trefflichen Ausführungen über den Gutenbergsbund und über die Notwendigkeit der Aufhebung des § 4 des Organisationsvertrages kam Redner auf die verschiedenen bisher zur Verbandsgeneralversammlung geäußerten Wünsche zu sprechen. Er bewürdigte die Erhöhung der Krankenunterstützung sowie der Unterstützung der am Orte und auf der Reise befindlichen Konditionlosen. Ebenso trat er für Gleichstellung der freiwillig und der nicht freiwillig Umziehenden ein. Mit einer geringen Beitrags-erhöhung müsse man allerdings, falls diese Wünsche in Erfüllung gingen, rechnen. Vor einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge ohne vorherige möglichst mathematisch genaue Berechnung der progressiv steigenden Lasten warnte er. In der Diskussion wurde den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen zugestimmt und dieselben teilweise ergänzt. Das abgelaufene Geschäftsjahr war für die hiesigen Kollegen ein ziemlich ruhiges. Die Tarifverhandlung brachte keinerlei Schwierigkeiten. Leider wurden in einer Druckerei, der „Wilhelmshavener Zeitung“, dem Personale die bisher gewährten Ferien wieder entzogen. Die Mitgliederzahl ist stabil. Anfang des Jahres 69, am Ende 67. Für Bibliothekszwecke wurden 152 Mk. verausgabt. Der Versammlungsbefuch betrug durchschnittlich etwa die Hälfte der Mitglieder; im neuen Jahre soll dies besser werden. Der letzte der Mobilfahner vom Gutenbergsbunde schüttelte den hiesigen Staub von seinen Pantoffeln und verschwand nach Berlin. Allein wurde es ihm unheimlich und zu holen war für seine Zeit nichts, da sämtliche Kollegen, mit Ausnahme von zweien, welche nicht in Betracht kommen, dem Verband angehören.

**Braunschweig.** Am 23. Februar fand in „Stegers Bierpalast“ eine gutbesuchte Bezirksversammlung statt. Zunächst erhaltete der Kassierer Schünemann den Kasfenbericht. Kollege Reuter trug den Jahresbericht vor. Redner führte etwa folgendes aus: Wenn auch in gewerkschaftlicher Hinsicht unser Bezirksverein einen Erfolg zu verzeichnen hatte, so wäre es doch gut, wenn man die letzte Hälfte des Jahres 1907 aus der Geschichte des Bezirksvereins Braunschweig streichen könnte. Dieses geschehe leider nicht. Es betraf dies den großen Vertrauensbruch unseres früheren Kassierers Nikolai. Die Einführung des neuen Tarifes am Anfang des Jahres ging in allgemeinen glatt vonstatten, es erzielte auch in allen Druckereien die über 3 Mark über Minimum entlohten Kollegen Lohnverbesserungen. Nur in Schöningen kam es zum Konflikt, da die Firma Jentich & Walter die Anerkennung des Tarifes verweigerte. Inre vier Mitglieder verließen ihre Stellen. Trotzdem sich einige Mitglieder für den Tarif im Jahre 1907 in die Städte Helmstedt, Seesen und Gandersheim hat der Vorstand zwecks Agitation Reisen unternommen, aber ohne Erfolg, trotzdem in genannten Orten untarifliche Verhältnisse bestehen. In den Bezirkorten Wolfenbüttel, Schöningen, Harzburg und Holzminden, wo wir einen stabilen Mitgliederbestand haben, sind die Verhältnisse tariflich. Eine im April aufgenommene Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse gab ein klares und interessantes Bild, und können die Verhältnisse in den Orten, wo Mitglieder stehen, als zufriedenstellend bezeichnet werden. Hervorzuheben ist, daß im Juni v. J. seitens des braunschweigischen Ministeriums die tarifliche Bechrlingskala auf Grund des § 128 der Gewerbeordnung als maßgebend für die Druckereien des Herzogtums bestimmt wurde. Trotzdem das hiesige Ministerium gerade nicht zu den fortschrittlichsten gehört, ist Braunschweig bis jetzt der einzige Staat im Deutschen Reich, wo derartige Bestimmungen erlassen sind. Uns wird dadurch der Kampf gegen die Bechrlingszuchterei bedeutend erleichtert. Die in den letzten Jahren von den Prinzipalen den Gehilfen bewilligten Ferien sind auch im vergangenen Jahre in den meisten Betrieben wieder gewährt worden. Als ein kritischer Tag kann der 10. Juli bezeichnet werden, an diesem Tage wurden die Veruntreuungen des Kassierers Nikolai entdeckt; es wurden unsere Mitglieder um den Betrag von 5908 Mk. geschädigt. Zur Bewegungskommission sei noch erwähnt, daß im vergangenen Jahre 40 Aufnahmen vollzogen wurden, und die Mitgliederzahl jetzt 400 beträgt. Leider hat der Tod im Vereine reiche Ernte gehalten. Es starben die Kollegen Trede, Rabert, Ellenberg, Klar, D. Schröder, Hensel und Wfeld. Zum Schlusse forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, mehr wie bisher Interesse für alle Vereinsangelegenheiten zu bezeugen und den Vorsitzenden in seiner Tätigkeit nach Kräften zu unterstützen. Kollege Severid gab eine Übersicht betreffend den Arbeitsnachweh. Das Resultat der Vorstandswahl war die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes mit Ausnahme zweier Revisionen. Es wurde gewählt als erster Vorsitzender W. Reuter, als Kassierer Schünemann. Eine längere Debatte rief noch der Punkt „Anträge zum Goutage“ hervor. Es gelangten folgende Anträge zur einstimmigen Annahme: Der Goutage wolle beschließen, 1. der „Korr.“ ist obligatorisch (zwei Mitglieder ein Exemplar) einzuführen, die Kosten hierfür ausschließlich Bestellselbst trägt die Gaukasse; eingeln konditionierende Mitglieder erhalten bei Einsendung der Abbonnementsquittung 38 Pf. aus der Gaukasse zurückzuerhalten; 2. den Gauvorstand zu ersuchen, Schritte in die Wege zu leiten, um den schon auf mehreren Goutagen erfolgten Anregungen, Gegenseitigkeitsverträge mit andern Gauen abzuschließen, sobald wie möglich

nachzukommen; 3. den § 10 der Gaugeschäftsordnung betreffs Umzugskosten dahin abzuändern, daß den Mitgliedern entsprechend der Zahl der geleisteten Beiträge ein Zuschuß bis zu 10 Mk. (oder auch mehr) bewilligt werden kann; 4. daß die Vorsitzenden der einzelnen Sparten am Vororte an den Sitzungen des Gauvorstandes mit beratender Stimme teilnehmen dürfen; 5. von den Veruntreuungen des früheren Kassierers Nikolai den auf den Gau entfallenden Betrag in Höhe von 336 Mk. niederzuschlagen, und 6. den § 6 der Gaugeschäftsordnung betreffs Unterstützung dahin zu ändern, daß statt 26 Wochen 52 Wochen gesagt wird. Unter „Verschiedenes“ richtete der Vorsitzende der Typographischen Vereinigung an die Mitglieder einen Appell, die Vereinigung durch Beitritt zu unterstützen. Da am hiesigen Orte noch eine Typographische Gesellschaft besteht, die aus Mitgliedern, Nichtmitgliedern und einigen Faktoren zusammengesetzt ist, so wäre nur zu wünschen, daß die Kollegen, die gefallen sind, bezejigt werden und sich unsere Mitglieder der Typographischen Vereinigung zuwenden mögen. Nachdem der Vorsitzende noch auf die Bekanntmachung des Tarifes amtes betreffs Einstellung von Lehrlingen hingewiesen, und die Vertrauensleute aufforderte, bei Übertretungen sofort vorstellig zu werden, wurde die von 170 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

**Düsseldorf.** (Maschinenmeisterverein.) Aus dem Jahresberichte, den der Vorsitzende in der Versammlung vom 15. Februar gab, ist zu ersehen, daß wir ein reiches Arbeitsjahr hinter uns haben. Durch die rege Agitation, die im letzten Halbjahr eingesetzt hat, ist die Mitgliederzahl von 30 auf 50 gestiegen. Das Technische wurde in jeder Versammlung nach Kräften — teils durch Vorträge — gepflegt. Der Farbenmischkursus, welcher im vorigen Winterhalbjahr angefangen und in diesem Winter weitergeführt worden ist, geht jetzt seinem Ende entgegen, und wird der Verein diesen Kursus durch eine Ausstellung der geleisteten Arbeit, verbunden mit einer Druckausstellung, beschließen. In der oben erwähnten Versammlung hatten sich zehn Kollegen zur Aufnahme gemeldet, was einer Allgemeinen Maschinenmeisterversammlung zu danken ist, die Anfangs Februar hier abgehalten wurde und in der Kollege Kiefer (Köln) das Referat übernommen hatte. Dasselbe lautete: „Die Sonderbestimmungen der Maschinenmeister und Drucker im neuen Tarife.“ Der Redner bewachte, daß einem so wichtigen Thema so wenig Interesse entgegengebracht wurde, da doch von 120 Maschinenmeistern, die am Orte sich befinden, nur etwa 35 derselben anwesend seien. Reicher Beifall lohnte den Referenten am Schlusse seines aufklärenden Vortrages. Nachdem Kollege Kiefer in seinem Schlussworte die Mitglieder aufgefordert hatte, den Vorstand tatkräftig zu unterstützen, tüchtig Einzelagitation zu treiben und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Mann für unsere Sache gewonnen wäre, schloß der Vorsitzende mit einem Gruß auf die Mitglieder die Sitzung der Allgemeinen Versammlung.

**Bezirk Jena.** Am 1. März hielt der Bezirk Jena seine erste Bezirksversammlung in Saalfeld ab. Anwesend waren 159 Kollegen, welche die Städte Jena, Saalfeld, Rudolfsb., Kahlja und Blankenburg vertraten. Daß es den Kollegen nicht so wohl ist, beweisen die gestellten Anträge zum Goutage bzw. zur Generalversammlung. Von allen Seiten wurde die Vereddyigung der gestellten Anträge anerkannt, was auch durch die einstimmige Annahme zum Ausdruck kam. Nur einem Antrage wurde nicht die Sanktionierung zuteil, und zwar dem des Maschinenmeisterklubs, welcher folgenden Wortlaut hatte: 1. Die Zahl der Beisitzer im Verbandsvorstande ist zu erhöhen. 2. § 13, Zusatz zum 1. Absatz (Verbandsstatut): Die Zahl der Beisitzer ist im Zentralvorstande zu erhöhen, und zwar derart, daß sämtliche Branchen in demselben ihre Vertretung haben. 3. § 19 Absatz 1 (Verbandsstatut): Den Gauvorständen sind tüchtig Vertreter der verschiedenen Branchen in gleicher Weise anzugliedern wie dem Verbandsvorstande. 4. Die Zusammenfassung der Vorstände der Bezirke und Mitgliedschaften soll eine derartige sein, daß möglichst alle Branchen darin vertreten sind. Trotz warmer Bezejigung des Beschlusses durch die Kollegen Heuschkel und Oswald (Jena) sowie Heerwegen (Saalfeld) konnte die größte Anzahl der Kollegen nicht für die Annahme desselben stimmen. Nachdem so alle gestellten Anträge ihre Erledigung gefunden, richtete sich die volle Aufmerksamkeit auf den Vortrag des Kollegen Helmholz (Weimar): „Organisationsvertrag und Gewerkschaftskonferenz“. Wenn je ein Referat Aufführung in die Reihen der Kollegen brachte, so war es dieser Vortrag. In der Hand von sachlichem Materiale konnte der Vortragende nachweisen, wie und mit welchen Mitteln gegen uns gearbeitet wird von seiten des jetzt im christlichen Fahrwasser schwimmenden Gutenbergsbundes. Selbst die Frauen unserer Kollegen macht man gruselig, damit sie event. ihre Männer veranlassen, aus dem Verband auszutreten, um dann Mitglieder des Bundes zu werden. Aber nicht zuletzt für uns selbst sowie im Interesse für die gesamte organisierte Arbeiterchaft war es notwendig, einer Änderung des § 4 in dem Vertrage zuzustimmen. Zur Gewerkschaftskonferenz übergehend, legte Referent den Anwesenden in längeren Ausführungen dar, daß es unsere Hauptaufgabe sein müsse, durch mehr Agitation wie bisher unsere Kollegen zu wahren Verbandsmitgliedern zu erziehen und, wenn irgend angängig, den „Korr.“ obligatorisch einzuführen. Er macht aber die Anwesenden zugleich darauf aufmerksam, in puncto Geldbewilligungen bzw. Erhöhung der Unterstützungsätze nicht allzuviel von der Generalversammlung zu erwarten, denn eine Erhöhung des Beitrages wäre sonst unausbleiblich. Reicher Beifall

Belohnung den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. In der sich anschließenden Diskussion konnten sich zwar manche Kollegen nicht ganz zufrieden geben, aber die Macht der Verhältnisse sowie die Interessen der Gesamtheit gingen doch über den Willen des einzelnen. Als Delegierte zum Gautage wurden zwölf Kollegen in Voranschlag gebracht, von denen acht zu wählen sind. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Rahlfa bestimmt. Nachdem unter „Verschiedenes“ mehrere Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, wurde die Bezirksversammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

**r. Simbad.** Die letzte außerordentliche Monatsversammlung war einmütig der Ansicht, daß ein Gautag vor der Generalversammlung des Verbandes diesmal eine unbedingte Notwendigkeit sei. Eine gründliche Aussprache müsse vorher erfolgen, ehe auf der Generalversammlung schwerwiegende Beschlüsse gefaßt würden. Dem Projekte der Anstellung eines besoldeten Gauvorstehers konnte die Versammlung nicht zustimmen, da wir ohnehin schon vor der Anstellung eines besoldeten Gauverwalters stehen. Für große, weitverzweigte Gaue dürfe dies allerdings kein Fehler sein. Zur Generalversammlung stellte die Mitgliedschaft zwei Anträge: 1. Ein Unterschied zwischen „freiwillig“ und „gezwungen“ Umziehenden ist für die Folge nicht mehr zu machen. 2. Der Beitrag ist auf seiner bisherigen Höhe zu belassen. Begründend wurde hierzu ausgeführt: Abgesehen davon, daß durch eine Erhöhung des Verbandsbeitrages die Gewinnung älterer Kollegen zum Verbandsgeradezu zur Unmöglichkeit werden dürfte, würde eine solche Erhöhung hauptsächlich in den Kreisen der meist nur zum Minimum entlohnenden Provinz Kollegen die größte Mißstimmung hervorzurufen. Im Anschluß an die Versammlung entrollte Kollege May Stoll einen ausführlichen Bericht über den Inhalt der hochinteressanten Dr. Dunder'schen Vortragsreihe: „Die Entwicklung des Wirtschaftslebens“. Der vorgerückten Zeit halber mußte das Referat jedoch abgebrochen und in den nächsten Versammlungen zu Ende geführt werden.

**Reuß.** Die am 15. Februar abgehaltene Generalversammlung war ziemlich gut besucht. Aus dem in derselben vom Vorsitzenden Spelter erstatteten Jahresberichte sei besonders hervorgehoben, daß fast alle Versammlungen im abgelaufenen Jahre gut besucht waren. Im Monat August hielt der Bezirk Düsseldorf hierseits seine Bezirksversammlung ab, in welcher Kollege Schöred (Wien) referierte. Im Berichtsjahre hat uns besonders Bezirksvorsteher Born (Düsseldorf) durchhalten von Vorträgen uvm. unterstützt; aber auch andere Kollegen des Düsseldorfer Bezirksvorstandes haben uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Den Tarif haben fünf der größten Druckereien schriftlich anerkannt, ebenfalls auch drei kleinere, welche aber keine Gehilfen beschäftigen. Die Bibliothek hatte verschiedene Zuwendungen erhalten, jedoch ließ die Besetzung etwas zu wünschen übrig. Jeder Kollege erhält ein Exemplar des „Korr.“ aus der Druckerei. Der Mitgliederstand beträgt 39, denen 10 Nichtmitglieder und 4 Bündel gegenüberstehen. In acht förmlicher Weise vereinigte man sich beim Johannisfest im „Stadtgartenrestaurant“ und im Januar zum Stiftungsfest im Vereinslokale. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der seitherige Vorstand per Affirmation wiedergewählt. Die Schlussdebatte der Versammlung bildeten einige unliebsame Überraschungen des verfloffenen Jahres.

**y. Birna.** Das hinter uns liegende Geschäftsjahr 1907 kam im allgemeinen als ein ruhiges bezeichnet werden. Der Versammlungsbesuch ist gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen und beziffert sich durchschnittlich auf 22 (26) Kollegen. Sowohl zu Anfang wie am Schlusse des Jahres betrug die Zahl der Mitglieder 41. Das Viatium an Durchreisende betrug 8 (i. B. 3,50) Mt. Unser 430 Nummern aufweisendes Bibliothek wurden 144 (i. B. 166) Bände entnommen. Wegen fortwährender Ebbe in der Druckerei mußte sowohl von der Feier des üblichen Johannisfestes als auch sonstigen Veranstaltungen Abstand genommen werden. Nicht unerwähnt bleibe jedoch die Festlichkeit zu Ehren der 25jährigen Verbandzugehörigkeit der Kollegen Moser und Schnell, die nicht unweilendlich verschönt wurde durch die Darbietungen der zahlreich erschienenen Mitglieder des Dresdener Buchdruckerangeversins. Außerdem sei ferner hervorzuheben, daß der von der Firma F. J. Oberlein seit Jahren eingeführten Ferien sich auch im Berichtsjahre die größte Zahl der hier stehenden Kollegen erfreuen konnte, und daß sämtlichen Kollegen der gleichen Firma eine einmalige 40prozentige Lohnzulage — bei den „teuren“ Zeiten doppelt angenehm empfunden! — bei der Gelegenheit zuteil wurde, als das Geschäft in den alleinigen Besitz des Herrn Dr. Oberlein überging. Von der Druckerei Fleischer sei erwähnt, daß deren Besitzer den dortigen Kollegen für 1908 auch Sommerferien in Aussicht gestellt hat.

**Bezirk Potsdam.** Die erste diesjährige Bezirksversammlung, die in Berlin abgehalten wurde, war von über 200 Kollegen besucht. Als Gäste waren erschienen: der Gauvorsteher Kirchner (Stettin), die Bezirksvorsitzenden Jandt (Spanbau), Stellmacher (Bosfen), Herrmann und Müller (Frankfurt a. O.) sowie der Zentralvorsitzende Döblin, welcher letzterer dankenswerterweise ein Referat über: „Die Lage im Buchdruckgewerbe“ übernommen hatte. Er schilderte eingehend die verschiedenen Gesichtspunkte, die für den Vorstand und dessen Taktik maßgebend sind. Diese ist naturgemäß infolge der großen Verantwortlichkeit eine sehr vorichtige. Häufig Begegne man aber in unsern Reihen den verschiedensten

Meinungen, die leider sehr oft auf nicht genügender Kenntnis der Verhältnisse beruhen. Der Klassenkampf als solcher könne nicht in der Gewerkschaften geführt werden, denn es bestehe ein großer Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaft, was Redner durch die verschiedenen Äußerungen politischer Tageszeitungen nachwies. In der Diskussion bemerkte Kollege Hoffmann (Neubabelsberg), daß auch unsere Gewerkschaft den Klassenkampfstandpunkt nicht verleugnen sollte; ferner sei er mit der Taktik des Vorstandes in allen Punkten einverstanden. Im Schlußworte stellte Kollege Döblin fest, daß die Taktik des Zentralvorstandes sich nach den Beschlüssen der Generalversammlung richte, und daß bei den letztmaligen Tarifberatungen vollkommen danach gehandelt worden sei. Zum Gautage wurde folgender Potsdamer Antrag angenommen: „Der Gautag wolle die Anstellung eines besoldeten Gauverwalters mit dem Sitz in Berlin beschließen.“ Zur Generalversammlung sollen außer den Vorschlägen der Zentralkommissionen folgende Anträge gestellt werden: Freie Lieferung des „Korr.“ für jedes Mitglied auf Kosten der Verbandskasse. Zu b) Ortsunterstützung, § 1 Abs. 2 der Beschlüsse: Die Unterstüßungssätze sind um 50 Pf. pro Tag zu erhöhen, die Gauzuschüsse abzuschaffen und der hierfür gezahlte Beitrag der Verbandskasse zuzuführen. Alle im Vorkortverthe von Berlin liegenden Mitgliedschaften sind dem Gau Berlin einzuzurechnen. Zu b) Ortsunterstützung, § 8 Abs. 2 der Beschlüsse letzter Satz: „Jedoch ist uvm.“ ist zu streichen. Zu c) Umzugskosten, Abs. 5, die Worte „freiwillig Umziehende und“ sind zu streichen.

## Rundschau.

Vorbeigeküßt! Die „homogene“ ökonomisch-historische „Vorwärts“-Redaktion in der Stadt der ganzen geistigen Intelligenz sucht durch eine Reihe einseitiger Notizen ihren Lesern Ratgeber zu machen, daß im deutschen Buchdruckerstand eine Rebellion gegen unsern Kollegen Rezhäuser wegen dessen Artikelserie über „Gewerkschaftliche Neutralität“ ausgebrochen sei. In dem Bemühen, möglichst viele solcher Orte namhaft zu machen, die Rezhäuser eine Vlage zuteil werden lassen bringt der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 4. März eine Notiz, in der es heißt: „In einer Leipziger Buchdrucker-Versammlung wurde mit 154 gegen 139 Stimmen eine Resolution angenommen, in der der Korrespondent“ ersucht wird, sich mehr nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse in bezug auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu richten.“ Wir müssen leider dem „Vorwärts“ die Freude gestören, als ob die Leipziger Verbandsmitglieder eine solche Resolution gefaßt hätten. Das ist nicht der Fall, der „Vorwärts“ hat sich diese Resolution aus höchstem eignen Redaktionsstügen gegönnt. Das kommt aber davon, wenn man „homogen“ ist; denn auf der nächsten Seite derselben Nummer findet sich diese Notiz noch einmal, bloß daß hier als Ort der Entrüstung Dresden angegeben ist. In dieser Notiz aber hat man das Abstimmungsresultat unterzulegen, weil mit 154 gegen 139 Stimmen kein Staat zu machen ist. Wir nehmien die Sache nicht tragisch, denn durch Notizen solchen Kalibers wird wenigstens zeitweise „die personifizierte Langeweile“ unterbrochen, was der „Vorwärts“ nach dem Urteile der Frau Dr. Rosa Luxemburg sein soll. Natürlich darf nun auch der „Typograph“ nicht fehlen, wenn es gilt, irgend eine Dummheit gegen den „Korr.“ mit verbreiten zu helfen. Stramm wird die Notiz des „Vorwärts“ über: „Die Leipziger Buchdrucker und der „Korr.““ nachgedruckt. Eine Nichtigstellung werden natürlich beide gesinnungsverwandten Organe nicht bringen. Wir sagen mit Absicht: „gesinnungsverwandt“. Denn nach der Logik der sozialdemokratischen Parteipresse ist Rezhäuser „ein Helfershelfer des Reichsliederverbandes“, weil aus seiner Artikelserie verschiedene Stellen in bürgerlichen Blättern abgedruckt worden sind. Da nun der „Typograph“ die Kritik der sozialdemokratischen Presse über den „Korr.“ abdruckt, ist der „Vorwärts“ ein Helfershelfer des „Typograph“! Das ist doch logisch. Der „Typograph“ läßt sich auch den fetten Wiffen aus Hannover nicht entgehen, ergo arbeiten unsere Kollegen in der ehemaligen Welfenresidenz für den „Typograph“. Zu solcher Logik muß man kommen, wenn man im Sinne der sozialdemokratischen Presse die Sache beurteilt. Also, nicht nur mehr Licht, ihr Herren von der Vindensfrage, sondern auch mehr Logik tut euch „bitter no!“ Und außerdem etwas mehr Wahrheitsliebe. Die „Vorwärts“-Redaktion ist bereits unterrichtet, daß ihre Notiz, worin sie die Leipziger Buchdrucker gegen Rezhäuser sich entrißten läßt, falsch ist. Bis jetzt aber haben die „Homogenen“ die von ihnen gebrachte Unwahrheit nicht berichtigt. Wir legen auch kein Gewicht darauf, sondern wollen bloß feststellen, was eine anständige Redaktion tun würde. — Die „Bremer Bürgerzeitung“ druckte ebenfalls die unwahre Notiz des „Vorwärts“ nach und viellecht noch viele andere sozialdemokratische Blätter. Ob sie aber eine Nichtigstellung bringen werden? Ein Narr wartet auf Antwort.

Geradezu kindisch sind die fast täglichen Symmen auf den Gutenberghund und seine großen „Vorkämpfer“ in dem hauptsächlich durch den 60000 Mark-Bettel bekannt gewordenen Stöckerorgane „Das Reich“. Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen: Zu dem Berliner Blatte, das nicht leben und nicht sterben kann, welches trotz seiner fortwährenden Begeisterungen der freien Gewerkschaften deren Presse — und auch dem „Korr.“ — Prospekte zur Abonnentengewinnung beilegen wollte, wird

der schon von der Agonie ergriffene Gutenberghund als ein feuriger Jüngling gefeiert, dem die Welt zu erobern ein leichtes ist. Wenn man so zwei dem Tode Geweihte sich gegenseitig anheimeln sieht, da bleibt wirklich kein Auge trocken. Herr Lic. Mumm ist halt in den Gutenberghund verliebt wie eine alte Jungfer in ihren Kater. Beide sehen in ihrer engen muffigen Stube aber nicht, daß die ewig-junge Welt da draußen an solchem närrischen Getue lachend vorüberströmt.

Ein Vertretertag des Verbandes der Typographischen Gesellschaften findet über die Osterfeier in Berliner Buchgewerkschaften statt. Die große Mehrheit der angeführten Vereinigungen hat die Abhaltung eines dritten Vertretertages gewünscht.

Die Druckerei des „Badi'schen Landesboten“ in Karlsruhe ist durch ein in den ersten Stunden des 4. März ausgebrochenes Großfeuer zerstört worden. Der Wagenschein und die Sezerei wurden so verunstaltet, daß der Druck des Blattes in einer andern Offizin erfolgen muß. Bei den Aufräumungsarbeiten kam eine Person zu Tode, eine andre wurde nicht unerheblich verletzt. Der Brand entstand in einem oberhalb des Sezerarsles gelegenen Antiquariate, das ebenfalls vernichtet wurde. Für beide Geschäfte ist der Schaden ein großer, für das Antiquariat der Verlust größtenteils unersehlich, denn es wurden 300000 Bände vernichtet, darunter auch seit einem halben Menschenalter von dem Jahrbuch der Bielefelder Hofbuchhandlung gesammelte Daten aus der badi'schen und Karlsruher Geschichte.

Konkurrenzeröffnung: Buch- und Steindruckerei John & Moser in Magdeburg-Sudenburg.

Ein Redakteur, wie er nicht sein soll, stand in dem Verantworlichen des „Deutschen Volksboten“, einem welfischen Lokalblatte zu Neustadt a. R., vor dem dortigen Schöffengerichte wegen Verleumdung zweier Ärzte. Zu einer eigentlichen Verhandlung kam es gar nicht, denn der Angeklagte benahm sich so unfair, daß er den Namen des Verfassers des fraglichen Artikels preisgab, um so die Verantwortung von sich abzuwälzen. Nun, nachdem der Angeklagte bereitwillig einen Vergleich einging und die Zahlung einer Geldbuße von 75 Mt. akzeptierte, wird gegen den Verfasser ein neues Verfahren eröffnet, das überflüssig wäre, hätte der Angeklagte sich keines Vertrauensbruchs schuldig gemacht.

In die Redaktionsverhältnisse preussischer Kreisblätter leuchtet eine Polemik hinein, die der frühere Pastor und ehemaliger Volksbote Krösel mit den konservativen Blättern „Stargarder Zeitung“ und „Saagiger Kreisblatt“ führt und welche nun eine Klage gegen die genannten Blätter zur Folge hat. Den Redakteur des Kreisblattes sucht nun in einer Entgegnung auf die Klageschrift der Unwalt desselben mit folgendem, hübschen Eingeständnisse herauszukauern: „Es ist nicht abzulehnen, aus welchem Rechtsgrunde Straube sich strafbar gemacht haben soll. Es wird bestritten, daß er die Aufnahme (des betreffenden Artikels) in das Saagiger Kreisblatt bewirkt hat. Ich beziehe mich auf das Zeugnis des Sezerlebrings Kemitz hier (Stargard). Dieser hat, ohne den Ungeschuldigten Straube zu fragen, und ohne daß dieser davon Kenntnis gehabt hat, den Satz aus der „Stargarder Zeitung“ herausgenommen und für das Saagiger Kreisblatt vermerkt.“ Das konservative „Saagiger Kreisblatt“ steht also unter der Chefredaktion eines Sezerstiftes — einfach großartig!

Die Vertreterwahlen für die Chemnitzer Allgemeine Ortskrankenkasse bedeuten für die Klassenleitung ein Vertrauensvotum. Die letzte Wahl wurde auf Betreiben der „Nationalen“ für ungültig erklärt, die 226 Stimmen zusammengebracht hatten, während die Kartellliste 10061 Stimmen erhielt. Trotz der bekannten Minderheiten kamen bei der Neuwahl die „Nationalen“ nur auf 3257, die Kandidaten des Gewerkschaftskartelles aber auf 12743 Stimmen. Zu der in der Nr. 24 berichteten Autsatzsetzung zweier Vorstandspersonen dieser Klasse durch die Aufsichtsbeförde ist nachzutragen, daß es sich auch hierbei um einen Vorkost der „Nationalen“ handelt. Die Staatsanwaltschaft hat seinerzeit wegen der in Frage kommenden Lappalien aber ein Einschreiten abgelehnt.

Die Förderung der Arbeitstarifverträge ist ein Ruhmesstiel der freien Gewerkschaften“, erklärte mit anerkennenswertem Freimute der national-liberale Abgeordnete Dr. Jund im Reichstage bei den Debatten zum Justizetat, worüber zwar schon in Nr. 24 berichtet wurde, jedoch noch diese Nachholung notwendig erscheint angesichts der Wichtigkeit für uns Buchdrucker. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Reichstage wie bei der Regierung die Tarifverträge nicht mehr als das kleinlein Hüßmännchen gelten, vor dem man in ratloser Unkenntnis oder mit absehbaren Gebarden steht. Daß es dahin gekommen, ist auch ein Verdienst der freien Gewerkschaften, die durch den Frankfurter Beschluß im Jahre 1899 sich offen für die von den Buchdruckern unter den beständigen Kämpfen und Bekämpfungen begonnene Tarifpolitik bekannten. Damals lagen die christlichen Gewerkschaften noch in den Windeln, und was sie später auf dem Tarifgebiete geleistet, ist unbedeutende Nachoder Mittelfrei. Der Abgeordnete Jund hat also mit vollem Rechte den freien Gewerkschaften Anerkennung gezollt für das, was sie zur Förderung der Tarifgemeinschaft getan. Zutreffend wies dieser Redner im Vereine mit dem Zentrumsabgeordneten Grüber auf die Unhaltbarkeit des Reichsgerichtserkenntnisses vom 30. April 1903 hin, das die Tarifverträge dem § 152 der Gewerbe-

(Fortsetzung in der Beilage.)



# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 10. März 1908.

Anzeigenkosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.;  
Veranstaltungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 29.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

ordnung unterstellt. Daß dieser Entschluß des höchsten Gerichtshofes ein Fehlurteil ist, mußte selbst Staatssekretär Niederding zugeben, der erklärte, daß Reichsjustizamt sei sich darin einig, daß auf Tarife der § 152 der Gewerbeordnung keine Anwendung finden dürfe. Ein Fortschritt also des Verständnisses für das Tarifwesen, den man gern vermehrt. Recht hatte Jund auch mit der Bemerkung, die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung schlugen praktisch nur die Freiheit, sich nicht zu koalieren oder von der Organisation abzuspinnen — seien also nichts weiter wie Schutzbestimmungen für Außenstehende. Der Abgeordnete Franke (Soz.) erbrachte an einem Beispiel aus Hannover auch noch einen Beweis für die jegliche vollständige Rechtlosigkeit der Tarifverträge. Daß dann die Regierung versicherte, es nicht an Vermittlungen fehlen zu lassen, baldmöglichst zu einer reichsgerichtlichen Regelung der öffentlich-rechtlichen Stellung der Tarifverträge zu gelangen, war das zu begrüßende Ergebnis dieser Tarifdebatte, in die, wie bekannt, nur der Zentrumsausschuss einen grellen Mißton brachte mit seiner plumpen Unterpumpung und verlogenen Denunziation unsers Verbandes und unsrer Tarifgemeinschaft. Da ging eben der christliche Gewerkschaftler mit ihm durch, dem die allzeit mit unfairen Mitteln arbeitende Leitung des Guttenbergbundes einen Floß ins Ohr gesetzt hatte, folgebeßer er blindmühtig wie ein Fanatiker sich gebehrde.

Der Kompromiß in Sachen des Sprachenparagrafen im Reichsvereinsgesetz scheint durch ein Zurückweichen der Freisinnigen auf folgender neuer, Mittellinie "perfekt" zu werden: Die Freisinnigen erklären sich damit einverstanden, daß die Regelung der Frage der Landesgesetzgebung übertragen wird und begnügen sich mit der reichsgerichtlichen Festlegung einiger Punkte, an welche die Einzelstaaten gebunden sein sollen, wie Befreiung der Wahlversammlungen vom Sprachzwang und dergleichen. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die freisinnigen Parteien ihre kurze Standhaftigkeit durch einen solchen Umfall "wettmachen" würden. Dadurch würde nämlich ein Reichsgesetz in seinem wichtigsten Teile her einzelfaaktlichen Gesetzgebung ausgeliefert, das, mit der Schaffung eines Reichsvereinsgesetzes erfolgte Prinzip also aufzuheben werden. Nun haben ja in den letzten Tagen einige Landtage ungewöhnlich ihrer Mißstimmung über das neue Reichsvereinsgesetz (das Ergebnis der in erster Lesung vollzogenen Umgestaltung ist in Nr. 24 des „Korr.“ zu finden) Ausdruck gegeben. Der gemeinsame Landtag von Sachsen-Koburg-Gotha hat z. B. einstimmig einen Antrag seines Koburger Präsidenten angenommen, der sich gegen eine Einbürgerung der einzelfaaktlichen Vereinsgesetze durch das neue Reichsgesetz ausspricht. Der Koburger Landtagspräsident hat an den bayrischen Landtag sogar die Aufforderung gerichtet, sich diesem Protest anzuschließen. In der heftigsten Kammer war es sogar der leitende Minister, der sich bei Ausscheidung der Frage nichts weniger als verbietend erklärte von dem, was in der Reichshauptstadt unter der Deklaration Reichsvereinsgesetz zusammengebracht wird. Diese und die Landtage der süddeutschen Staaten würden sicherlich den Sprachenparagrafen in die Wolfshaut schlachten. Aber das preussische, das sächsische Landparlament und der elsäß-lothringische Landesausschuß? Sie werden zweifellos nach dem Berliner Wind einschwenken und ein Ausnahmegesetz schaffen. Damit wäre in erster Linie aber den Gewerkschaften geschadet, denn daß der § 7 des Reichsvereinsgesetzes ein Aufschlag auf das Koalitionsrecht ist, kann auch nicht mehr dem geringsten Zweifel unterliegen, seitdem der antisemitische Abgeordnete Graf in der Kommission beantragte, das Verbot der nichtdeutschen Versammlungsversammlungen durch die Bestimmung zu mildern, daß „in Versammlungen, in denen von den in § 152 der Gewerbeordnung genannten Personenzirkeln ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden“, auch nichtdeutsche Verhandlungsversammlungen gestattet sein sollten. Durch diese Bestimmung sollte bewirkt werden, daß das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht jener Arbeiter, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, einigermaßen gewahrt bleibe. Gegen diesen Antrag des Abgeordneten Graf wendete sich der Vertreter der Regierung, der Unterstaatssekretär Wermuth. Herr Wermuth beschäftigte sich in seiner Antwort ausschließlich mit den Verhältnissen der Industriegebiete, namentlich Rheinlands-Westfalens. Es bestehe die Gefahr, daß die polnische Ausdehnung sich auch auf reindeutsche Gebiete erstreckte, und dagegen sei Abhilfe durch den § 7 erforderlich. Das war eine Bestätigung aller betriebs des § 7 ausgesprochenen Befürchtungen! Wollen die Freisinnigen solchen Bestrebungen Vorstoß leisten? Können und sollten sie sich nicht ein Beispiel an dem Widerstand und der Hartnäckigkeit der rechtsstehenden Parteien nehmen, die bei Vertretung und Verteidigung ihrer Interessen der Regierung sagen, sie können ihnen sonst was? Die preussische Regierung hat gerade jetzt wieder ungeheuer an den Polen gelündigt, darum können und dürfen die frei-

sinnigen Blodgenossen bei dem Sprachenparagrafen nicht nachgeben, sie hätten sonst ganz ausgepielt und, um mit dem fortschrittlich-demokratischen Arbeiterlage zu sprechen: der Liberalismus hätte die letzten Arbeiter aus seinen Reihen verloren.

Wir versprachen in Nr. 27, auf die Generaldiskussion im Reichstag über die große Gewerbeordnung zurückzukommen. Das kann und muß in Kürze geschehen. Zunächst, weil die Debatte sich fast ausschließlich der Heimarbeit und im besonderen dem mit zur Beratung stehenden Gesetz über die Herstellung von Zigaretten in der Hausarbeit zuwandte, und zweitens resp. hauptsächlich, weil wir jetzt nicht wissen, wo den Raum hernehmen. Bemerk sei, daß zwei internationale Abkommen über das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen und über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern gleichzeitig zur Generalabstimmung standen. Die eigentliche, sogenannte große Novelle zur Gewerbeordnung sieht eine anderweitige Fassung der Bestimmungen über die Ausfertigung von Zigaretten für gewerbliche Arbeiter und eine Ergänzung der Bestimmungen über die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln vor, ferner Änderungen der Bestimmungen über die Verpflichtung zum Besuche von Fortbildungsschulen sowie Erweiterungen der Ermächtigung des Bundesrates zur Bekämpfung der aus den übermäßigen Arbeitszeiten herrührenden Gefahren. Weiter enthält er Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Werkmeister, Techniker usw., ferner Bestimmungen über die Herabsetzung der elastischen Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen auf eine zehnstündige Dauer (eine durch die Praxis überholte Reform, die zudem durch die bewußten vielen Ausnahmen eine bedeutende Durchlöcherung erfahren soll) und Vorschriften über die Einführung einer elastischen ununterbrochenen Nachruhe für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Nicht unwichtig ist weiter, daß alle Arbeiterchutzgesetze und Bestimmungen für Fabrikbetriebe durch die Begriffsänderung in „Betriebe“ eine größere Anwendung finden sollen, wofür die Arbeiterzahl 10 maßgebend sein wird, anstatt jetzt 20. Die Regierung läßt hier aber auf halbem Wege stehen bei der Abgrenzung zwischen Handwerks- und Fabrikbetriebe. Schließlich werden die Arbeitsverhältnisse in der Hausarbeit geregelt. Der neue sozialpolitische Minister machte über den Umfang der Hausindustrie einige Angaben, die den kolossalen Umfang derselben erkennen lassen. 1895 gab es schon 426000 Heimarbeiter und allein in der Konfektion werden jährlich für etwa 390 Millionen Mark Werte durch die Hausindustrie hergestellt. Während die Redner der sozialdemokratischen Fraktion: Molkenbühr, Geyer (dieser die Heimarbeit in der Tabakindustrie völlig verwerfend, in der es die Arbeiter nur auf einen Jahresdurchschnittslohn von 524 Mk. — 524 Mk. — bringen) und Stadthagen eine schärfere Kritik an den gewis tristen Zuständen in der Heimindustrie übten, weitgehendere Veränderungen forderten und auch im sonstigen manche Verbesserung an der Vorlage wünschten, waren die Redner der andern Parteien mehr oder weniger, im allgemeinen jedoch ziemlich einverstanden mit dem, was von der Regierung unterbreitet wurde. Sehr warm waren die Ausführungen Raumanns gehalten, der vom Standpunkte der reinen Menschlichkeit den Heimarbeitern geholfen wissen will. Wir werden bei den Kommissionsberatungen und den späteren Verhandlungen im Plenum die einzelnen Punkte der Novelle je nach ihrer Wichtigkeit eingehend behandeln. — Die danach begonnene zweite Lesung des Stats des Reichsamtes des Innern ist noch nicht beendet. Es liegen dazu nicht weniger als 24 Resolutionen vor.

Für den Kampf im Baugewerbe haben die Unternehmerverbände die umfassendsten Vorkehrungen getroffen. Bis zum 25. März müssen die Unterabteilungen an die Zentralleitung in Berlin berichtet haben, die dann die Ordre zur Aufsperrung geben wird. Denn so ist die Situation. Der Verband der Baugeschäfte in Berlin will gar eine Lohnreduktion für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter eintreten lassen. Das wäre natürlich der Funke ins Pulverfaß. — Die Schreiner und Säger in Straubing wurden ausgeperrt, weil sie einen verschlechterten Tarif nicht annehmen wollen. — In den Streit getreten sind die Steinarbeiter in den Bräuden bei Wirsberg (Fichtelgebirge). Ihre Unternehmer wollen überhaupt nicht mit ihnen verhandeln.

In Mailand bzw. dessen Vororten sind die Straßenbahner ausländisch.

## Briefkasten.

A. S. in Hamburg: Für die Aufnahme Ihrer Einwendung bedarf es der Genehmigung des Vorstandes. — Th. W. in Bonn: 3,80 Mk. — S. in Trier: 1906 betrug dieser Posten 7290 Mk.

Die Maschinensekerkollegen König und Joppf in Berlin werden wiederholt dringend um Angabe ihrer Adressen ersucht.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I.  
Fernsprechanstalt VI, 11191.

### Abresseänderungen.

Bezirk **Dfiricland**. Vorsitzender: Ludwig Kromminga, Leer, Königstraße 38; Kassierer: Otto Grund, Leer, Alte Marktstraße 46.

**Mugsburg**. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Hans Schneider, Brückenstraße 11, II; Kassierer: Mit. Gillen, Schützenstraße 25, I.

**Dortmund**. (Vereinigung der Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Vorsitzender: Karl Hahmann, Unionstraße 12.

**Eberswalde**. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Walter Madel, Mittenstraße 13, II.

**Neheoc**. (Maschinensekerverein.) Vorsitzender: Peter Amshler, Kaiserstraße 12, II.

**Koblenz**. Vorsitzender: W. Wilke, Mittenhof 10.

**Lüneburg**. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Karl Sasse, Beim Benedikt 4; Kassierer: Friedrich Mayr, Schnellenberger Weg 15.

**Salzungen-Schömar**. Vorsitzender: Paul Franz, Salzungen; Kassierer: Heinrich Seibemann, Salzungen, Ahornwete.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In **Bernburg** der Schweizerdegen Louis Staiye, geb. in Bernburg 1881, ausgel. daf. 1900; war noch nicht Mitglied. — F. Zinn in Wschersleben, Unter der Burg 2, II.

In **Vordestholm** der Seher Franz Ehlers, geb. in Siertrabe (Spiritentum Lübeck) 1873, ausgel. in Lübeck 1892; war schon Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburger Straße 34, p.

In **Hamburg** der Seher Emil Kirch, geb. in Hamburg 1889, ausgel. in Wyl a. Föhr 1908; war noch nicht Mitglied. — W. Dreier, Welfenbinderhof 57.

In **Heilbronn** der Schweizerdegen Karl Plum, geb. in Heßenthal (D.-M. Gall) 1868, ausgel. in Weinsberg 1886; war schon Mitglied. — Karl Knit in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

## Verammlungskalender.

**Gera**. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 16. März, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Alte Börse“, Johannisplatz.

**Hagenberg**. Bezirksversammlung Sonntag, den 5. April, in Hagenberg. Anträge für dieselbe sind bis 24. März an den Bezirksleiter einzureichen. Das Weitere geht den Mitspielern per Zirkular zu.

**Mannh.** Bezirksversammlung Mittwoch, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Biergarten.

**Mittels.** Bezirksversammlung Samstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Blasingarten“.

**Oldenburg** i. Gr. Bezirksversammlung Donnerstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Markthalle“.

**Sangerhausen**. Bezirksversammlung Sonntag, d. 22. März, vormittags 11 Uhr, in Nordhausen (Restaurant Spitz), Kornmarkt 11. Anträge sind bis zum 14. März an den Bezirksleiter A. Schröder, Sangerhausen, Neuenborser Str. 21, zu richten.

**Stettin**. Maschinensekerversammlung Sonntag, den 15. März, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Zum Groß“, Ostlachestraße 62.

## Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 230.

Briefadresse: z. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

### Bekanntmachung.

Laut Beschluß des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker hat eine Neuauftellung der Tarifkreise stattgefunden, und können die Mitglieder der Tarifgemeinschaft Näheres über diese Umstellung aus dem Kommentar zum Tarife, Seite 310 und 320, erfahren.

Einer besonderen Beachtung empfehlen wir jedoch die Aufstellung des früheren Kreises IXa, der bisher die Provinzen Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen umfaßte. Dieser alte Kreis IXa ist aufgeteilt worden in einen Kreis IX und einen Kreis XII. Dem Kreise IX ist lediglich die Provinz Schlesien, dem Kreise XII dagegen sind die Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen zugeteilt worden. Während für den IX. Kreis die bisherigen Kreisvertreter geblieben sind, sind für den Kreis XII, der seinen Vorort in Posen hat, neue Vertreter gewählt worden. Prinzipalsseitig ist dies Herr Buchdruckereibesitzer Bruno Mertzbach, Posen, Tiergartenstraße 6, und gefhilfenseitig Herr F. Wagner, Posen O 1, Berliner Straße 18. Die Mitglieder der Tarifgemeinschaft genannter Provinzen werden auf diesen Wechsel in der Kreisvertretung hierdurch aufmerksam gemacht.

### Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin, 2. März 1908.

Georg W. Wigenstein, L. S. Giesede,  
Prinzipalsvorsitzender, Gefhilfenvorsitzender,  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

**Flottsch. Drucker mit Klein. (tägl.) Ztg.**  
(Amto. und Vereinsanzeiger) u. viel  
And. in Ort mit 3000 Einw., 3 gr. Fabr.,  
eintr. Kraft, in Straßen, Kommissuren  
Geiteng, in für 7500 Mk. bar zu best. Werte  
Dff. u. sofort 689 an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

## Arbeitssuchende

erhalten den  
**Graphischen Arbeitsmarkt**  
bereits 5 Stunden nach Aufgabe der  
Anzeigen Montags und Donnerstags  
durch alle Postämter des Deutschen  
Reiches zum Bezugspreise von 9 Pf. pro  
Monat. Gerbergen, Verlagsstellen, Ver-  
beitsnachweisen von Buchdruckern wird  
das Abonnement zurückvergütet.  
**„Buchdrucker-Woche“**  
Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

[467]

Junger, flotter  
**Werk- und Zeitungssetzer**  
für dauernd gesucht  
Edward Wellers Buchdruckerei  
Grünberg i. Schl. [547]

Wir suchen bei achtkündiger Arbeitszeit  
einen erfahrenen  
**Rotationsmaschinenmeister**  
für achteckige Kranfenthaler Maschine, welcher  
an solcher schon längere Zeit gearbeitet hat.  
Besgleichen einen tüchtigen

**Stereotypen**  
mit der Rund- und Flachstereotypie vertraut.  
Eintritt 23. März. Gehalt nach Gehaltsanpr.  
und Angabe über bisherige Tätigkeit erb. an  
Zeitungsverlag „Volksblatt“, Bohm  
Südheilmweg 1. [546]

Gesucht wird ein tüchtiger  
**Juhtierer**  
in dauernde Kondition. [533]  
Schriftgießerei J. P. Krausert & Sohn  
Altona (Eibe).

**Tüchtigen Galvanoplastiker**  
(Präger und Abdecker) mit guten Zeugnissen  
zum sofortigen Eintritte such  
Schriftgießerei Krausert & Sohn, Hamburg 22.

**Galvanoplastiker**  
(Präger) sofort gesucht.  
Karl Lind jr., Bielefeld. [488]

Tüchtige  
**Stempelschneider**  
und **Schriftzuggravure** für sofort od.  
später in dauernde, gutbezahlte Stellung  
nach Leipzig gesucht. B. Dff. u. Nr. 518  
an die Geschäftsstelle d. Bl. erbaten.

**Linothypeseher**  
verheiratet, vierjährige Praxis, sucht an-  
genehme Stellung. Königreich Sachsen,  
Provinz Sachsen oder Thüringen bevorzugt.  
Eintritt 14 Tage nach Engagement. Werte  
Dff. u. Nr. 514 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Typographiker**  
sucht dauernde Kondition in tarifl. Druckerei  
(Entfernung tut nichts). Werte Dff. u. „Ma-  
schinensetzer“ Hauptpostl. Rait a. Rh. erb. [537]

## Vorlagen

für mustergetreue Druckungen, die in der  
Praxis auch wirklich ausführbar sind, ent-  
hält regelmäßig die B.-Ausgabe der „Buch-  
drucker-Woche“, Berlin. Bezugspreis nur  
1 Mk. pro Vierteljahr (3 Nummern). Be-  
stellungen bei den Postämtern.  
**Nächste Vorlagenliste:**  
Aktivierereinsagen, aus vorhandenem Mate-  
riale gesetzt von Kramkow bei Gebrüder 2  
Feyl, Berlin.  
 Geeignete Entwürfe werden jederzeit angekauft.

Ich bitte um Angabe der Adresse des Schrift-  
setzers **Heine, Gudi**, früher in Gannu i. W.  
wohnt. Anlagen werden vergütet.  
**Zeitungs, Gannu i. W. [538]**

**Filzstuch**  
schon augenblicklich. In bester  
für Notation und Schnell-  
pressen. In Molekular- und  
und alle andern gangbaren  
Zyklusdruckzeuge bei [267]

**H. Andressen & Sohn, Hamburg.**

# Erneuern Sie nicht

Ihre Bestellung auf das bisher von Ihnen für Ihre berufstechnische  
Fortbildung gehaltene Blatt, bevor Sie sich Probenummern  
**der neuen B-Ausgabe**  
der „**Buchdrucker-Woche**“ mit der Beilage „**Praktische Vor-  
lagen**“ aus Berlin SW 68 haben kommen lassen. Zusendung  
sofort und kostenlos. Bezugspreis für 26 Nummern im Viertel-  
jahre nur 1 Mk. Jeder Abonnent erhält die noch vorhandenen Vor-  
lagentafeln kostenfrei nachgeliefert.

**Bei jetzt erschienen 38 Tafeln** mit größtenteils preis-  
gekrönten Entwürfen, darunter: 15 Briefköpfe, 22 Buchtitel, 32  
Anzeigenentwürfe, Geschäftskarten, Broschürentitel, Speisekarte,  
Musikprogramm usw.

## Erster Maschinenmeister gesucht!

Zum baldigen Eintritte suchen wir einen tüchtigen Ma-  
schinenmeister, dem reiche Erfahrungen im Werk-, Illustrations-  
und Farbendrucke zur Seite stehen, um erstklassige Arbeiten liefern  
zu können. Die Leitung des Maschinenraumes (4 Schnell- und  
3 Ziegeldruckpressen) ist mit dem Posten verbunden. Wir bieten  
bei guten Leistungen eine angenehme, dauernde Stellung, Ferien  
und ein angemessenes Gehalt. Ausführliche Offerten erbittet die  
**Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt**  
Hamburg, Holstenwall 3/5. [529]

**Begen Todesfall ist die Stelle eines**  
**Höhehoblers**  
sofort zu besetzen. Herren, welche sich dazu qualifizieren,  
wollen Offerten einliefern. [540]  
**Schriftgießerei Zauner, Nürnberg.**

## Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.

Sonntag, den 15. März, vormittags punkt 11 Uhr, im grossen Saale des „Gewerbe-  
haus“, Ostraallee 13:  
**KONZERT.**  
MITWIRKUNG: Frau Sanna van Rhyn (Sopran), Herr Paul Brückner (Tenor),  
A. Reichert (Baß), Gewerbehauskapelle (W. Olsen). Leitung: Herr Theobald Werner.  
PROGRAMM: 1. „Helges Treue“, Ballade für Männerchor, Tenor, Baß und Orchester  
von Joh. Reichert; 2. Vorspiel zur Oper „Die Meistersinger“ von Rich. Wagner;  
3. „Das Meer“, von Jean Louis Nicodé. : : : : :  
Eintrittsprogrammhäfte à 75, 50 und 40 Pf. (Stehplatz) beim Verwalter, Mathildenstr. 7,  
in dem Zigarrengeschäfte von Paul Schalle, Gerokstraße 11, bei sämtlichen aktiven Mit-  
gliedern und an der Kasse. [486]

## 1907. Ehemalige Trebbiner!!! 1908.

Sonabend, den 14. März d. J., abends 9½ Uhr, findet in Trebbin („Gesellschaftshaus“) ein  
**Herrenkommers** [484]  
zur Jahresfeier der „Märzgefallenen 1907“ statt. Zu dieser Feier sind alle „ehemaligen Trebbiner“ sowie  
betreffende Kollegen aus Trebbin und Umgegend herzlich eingeladen. Eine rege Beteiligung erwartet  
Das Komitee:  
Georg Nowakowski, Emil Falk, H. Hühner, F. Cario,  
Berlin W 84, Culmstr. 18. Luckenwalde, Bussestr. 6. Brandenburg, Wittenberg.  
NB. Anfragen sind an die beiden erstgenannten Kollegen zu richten. Rückporto ist beizulegen.

## Wer sich zum Faktor

oder zum ersten Akzidenzen-setzer ausbilden will, dem  
ist der einjährige Besuch des Technikums für Buch-  
drucker zu empfehlen. Es wird leichtfasslicher Unter-  
richt erteilt in folgenden Fächern: Akzidenzen-setz aller  
Art, Skizzieren, Farbentheorie, Tonplattenschneiden,  
Faktorarbeiten, Druckpreisberechnung, Zinkätzung,  
Drucktechnik usw. Zahlreiche Anerkennungs- und  
Dankeschreiben. Am 1. April beginnt ein neuer  
Kursus. — Prospekte durch die Geschäftsstelle  
Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

Die Gründung eines gemeinsamen  
Ortsvereins  
zeigen an die Mitgliedschaften  
Obersor-Radeburg-Külln. [544]

## Lehrbriefe

von Künstlerhand entworfen, in fünf Farben  
auf Papprolin gedruckt, in geschmackvollem  
Einbande mit Tasche zum Aufbewahren der  
Legitimationspapiere. Preis 3 Mk.  
**Lehrverträge**  
1 Exempl. 20 Pf., bei 5 Exempl. je 15 Pf.,  
bei 10 und mehr Exemplaren je 12 Pf., sind  
vorständig bei [538]  
**Julius Müsers Verlag in Leipzig-R.**

## Den besten Cognac

auf Erden versendet  
**Franz Sander**  
aus **Verdon**. 4.  
Direktor Verkauf ans  
Publikum, daher  
beste Qualitäten  
enorm billig!  
Alter Cognac Sander  
1 Stern à Fl. M. 1,50,  
12 Fl. franko u. incl.  
Probekosten = 3 Fl.  
für 5 Mk. franco und  
inclusive geg. Nach-  
nahme.

## Restaurant

für Anfänger (speziell Buchdrucker)  
geeignet, sichere Existenz, Schulthei-  
bere, verkauft mit Billard, Legion,  
Anisbäcken [521]  
**Otto Schmid, Berlin O 34, Thaeerstr. 5.**

## Todesanzeige.

Am 29. Februar verstarb in Iserlohn  
unser Kollege  
**Heinrich Karhoff**  
aus Iserlohn im Alter von 27 Jahren an  
Lungenschwindsucht. Bis vor kurzem hatte  
er in Siegen i. W. konditioniert. Ein stetes  
Gedenken sichert ihm [548]  
Der Bezirk Bonn.

## Todesanzeige.

Der verehr. Buchdruckerkollegenchaft  
die traurige Nachricht, daß am 4. März  
mein lieber Gatte, der mehrjährige Ver-  
kehrswirt  
**Joseph Neumann**  
„Zum Sporer“ in München  
verschieden ist.  
Ich bitte um stilles Gedenken.  
Frau Vikt. Neumann Witwe. [545]

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäfts-  
stelle des „Borr.“ (Konrad Fischer),  
Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offerten-  
briefe ohne Freimarke können nicht befördert  
werden. Die Geschäftsstelle des „Borr.“